

Bürokratieabbau TOP-Forderungen

Maßnahme	Vorschlag
1. Aufbewahrungsfristen verkürzen.	Die gesetzliche Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren für steuerlich relevante Aufzeichnungen verursacht bei den Unternehmen erhebliche Kosten. Wir fordern eine Verkürzung auf fünf Jahre, die ebenfalls mit einer Verkürzung der Verjährungsfristen korrespondieren muss. Eine Verkürzung auf zunächst sieben Jahre wäre bereits eine spürbare Entlastung.
2. Zeitnahe Betriebsprüfungen einführen.	Lange und weit zurückreichende Prüfungszeiträume sorgen für Rechtsunsicherheit und verursachen Kosten für die Aufbewahrung von Belegen. Die Verkürzung der Betriebsprüfungszeiträume auf fünf Jahre sollte inzwischen für die Finanzverwaltung technisch möglich sein und zur Entlastung der Unternehmen umgesetzt werden.
3. Weniger Bürokratie im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen.	Verbessert werden müssen die folgenden Vorgänge: <ul style="list-style-type: none"> - Die direkt involvierten Behörden (z. B. Finanzamt, Bundeszentralamt für Steuern, Gewerbeamt, Handelsregister, Zoll, Statistisches Bundesamt) sollten über eine Anlaufstelle erreichbar sein. - Die Beantragung einer Steuernummer sollte automatisch und schnell erfolgen. - Basisdaten sollten allen Behörden vorliegen und nicht mehrfach abgefragt werden (z. B. Anschrift, Rechtsform, Tätigkeiten).
4. Pflicht zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung für Existenzgründer abschaffen.	Der Umsatzsteuervoranmeldungszeitraum beträgt grundsätzlich ein Vierteljahr. Für Existenzgründer gilt eine Sonderregelung. Danach müssen Existenzgründer innerhalb der ersten zwei Kalenderjahre Umsatzsteuervoranmeldungen monatlich abgeben. Dies belastet viele Unternehmer unangemessen. Auf die Sonderregel sollte verzichtet werden.
5. Dokumentationspflichten beim Mindestlohngesetz anpassen.	Etliche Unternehmen müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit von Arbeitnehmern bis zum Ablauf des siebten Folgetages aufzeichnen und diese Aufzeichnungen zwei Jahre aufbewahren. Dies verursacht hohen Aufwand – gerade für KMU. Für Kontrollzwecke ausreichend wäre es, wenn am Monatsende die Liste vollständig vorliegen müsste. Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen sollte bei der Berechnung der Verdienstgrenze für Aufzeichnungspflichten Rechnung getragen werden.
6. Verbindliche Auskünfte mit Rechtsanspruch und niedrigen Gebühren verbinden.	Die Komplexität und die Änderungshäufigkeit des Steuerrechts erschwert die Planungs- und Entscheidungskosten der Unternehmen erheblich. Rechtssicherheit ist in vielen Fällen nur durch eine Auskunft durch die Finanzverwaltung erreichbar. Die Finanzbehörden sind jedoch nicht verpflichtet, solche Auskünfte verbindlich zu erteilen, die Kosten sind hoch. Ein umfassendes Recht auf verbindliche Auskünfte mit geringen Gebühren sollte eingeführt werden.
7. Verwendungspflicht des Formulars für die Einnahme-Überschuss-Rechnung abschaffen.	Kleinstunternehmen können ihren Gewinn an Stelle der Bilanzierung mittels der sogenannten Einnahme-Überschuss-Rechnung (EÜR) ermitteln. Das Formular dafür ist so komplex, dass es ohne externe Experten-

Maßnahme	Vorschlag
fen, zumindest deutlich vereinfachen.	hilfe in vielen Fällen nicht ausfüllbar ist. Auf das Formular "EÜR" sollte verzichtet, zumindest sollte es deutlich vereinfacht werden.
8. Bei Künstlersozialversicherung bürokratische Lasten der Unternehmen senken und Unsicherheiten reduzieren.	Die Entrichtung der Künstlersozialabgabe ist sehr fehleranfällig. Erhebliche Risiken entstehen aus der Unsicherheit heraus, ob die Leistung eines Auftragnehmers überhaupt abgabepflichtig ist. Auch die Dokumentation ist aufwändig. Die Unternehmen brauchen eine sinnvolle und handhabbare Ausgestaltung der Künstlersozialabgabe.
9. Elektronische Verfahren und vorhandene Daten bei statistischen Meldungen stärker nutzen.	Die elektronischen Meldeverfahren bei amtlichen Statistiken sollten automatisiert und die Betriebe dabei unterstützt werden. Wiederkehrende Daten sollten grundsätzlich nicht mehrfach abgefragt werden, die Daten der zuletzt abgegebenen Meldungen als Vorschlagswerte angeboten werden. Der elektronische Zugang sollte über eine einmalige Registrierung möglich sein, mehrfache Registrierungen und Passwörter sind gerade für KMU belastend.
10. Förderverfahren vereinfachen.	Einfachere Förderverfahren sind ein wichtiges Anliegen, besonders auch von neu gegründeten Unternehmen und Startups. Hierzu zählen Vereinheitlichung und Vereinfachung bei Formularen, kürzere Antragswege und zügige Bearbeitungszeiten.